



BUNDES
SGK

Sozialdemokratische Gemeinschaft
für Kommunalpolitik in der
Bundesrepublik Deutschland e.V.

Grußwort
des Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen,
Wolfgang Jüttner, MdL,

auf der Delegiertenversammlung der Bundes-SGK
am Freitag, dem 17. März 2006, in Hannover

Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

ich muss euch ein Geständnis machen. Ich hatte nie ein kommunales Mandat. Und nach der Rede von Matthias Platzeck habe ich begriffen, dass ich der wichtigsten Gruppe in der deutschen Sozialdemokratie nicht angehören darf. Das ist wirklich schade. Vor dem Hintergrund bin ich ganz stolz, dass ich vor der wichtigsten Gruppe der deutschen Sozialdemokratie ein kurzes Grußwort sagen darf, als kleiner unbedeutender Landespolitiker. Was ein Glück, liebe Genossinnen und Genossen.

Ich heiße euch herzlich willkommen in der Messe- und EXPO-Stadt Hannover, wie das so schön auf dem Hauptbahnhof ausgerufen wird, in der Kanzlerstadt, was wir uns nicht nehmen lassen, und vor allem in der Stadt des dienstältesten Oberbürgermeisters. Ich glaube, das ist einer der Gründe, warum ihr diese Konferenz der SGK hier in Hannover heute durchführt. Herbert Schmalstieg ist in Hannover eine Institution. Die gehört sozusagen zum Inventar. Das muss man wissen. Die Hannoveraner wissen das auch. Stephan hat eben schon darauf hingewiesen, das sind große Schuhe, in die man dann einsteigen muss. Aber ich glaube, die Hannoversche SPD hat hier eine kluge Personalentscheidung getroffen. Von daher bin ich guten Mutes, dass das so weitergeht.

Ich begreife aber eure Konferenz auch als Unterstützung für die Kommunalwahl am 10. September insgesamt für Niedersachsen. Wir haben das Wahlziel ausgegeben, vorne eine Vier, und stärkste Kraft in Niedersachsen zu werden. Das ist anspruchsvoll, keine Frage, aber das ist nicht unrealistisch. Wir haben in den letzten Jahrzehnten in Niedersachsen immer wieder die Nase vorn gehabt. Wir haben sozialdemokratische Hochburgen. Wir haben allerdings auch Bereiche, in denen wir wenig zu beschicken haben. Deshalb gibt es immer einen Kampf der beiden großen Volksparteien um die Mehrheit in Niedersachsen.

Es liegt drei Jahre zurück, dass wir mit der Wahl zum Niedersächsischen Landtag einen absoluten Tiefpunkt in der niedersächsischen Parlamentsgeschichte erlebt haben. Wir haben in der Tat Zeit gebraucht, uns aus dieser Talsohle wieder herauszuarbeiten. Aber wir sind auf dem Wege und die Landespolitik will ihren Beitrag dazu leisten, dass wir am 10. September in Niedersachsen dieses ambitionierte Wahlziel erreichen.

Wie kann dieser Beitrag aussehen? Erstens – und das gilt nicht nur fürs Land, das gilt auch für den Bund – müssen auf beiden politischen Ebenen die Bedingungen gewährleistet sein, dass vor Ort entschieden wird, wer die besseren Programme und die besseren Kandidatinnen und Kandidaten hat. Bundes- und Landespolitik müssen dafür sorgen, dass es keinen Gegenwind bei kommunalen Wahlen gibt. Das ist ihre Hauptaufgabe. Daran hat es ja mitunter gefehlt, wie wir wissen. Aber ich bin zuversichtlich, dass es in diesem Jahr gelingt.

Dann sind wir als Landespolitik, als SPD-Fraktion dabei deutlich zu machen, was die Regierung wohl in Niedersachsen gegenwärtig zu Lasten der Kommunen alles so treibt. Richtig ist, dass es mit Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände und mit unserer Unterstützung gelungen ist, vor wenigen Wochen das Konnexitätsprinzip in der Niedersächsischen Verfassung zu verankern, nicht in der Idealform, aber als vertretbarer Kompromiss. Von daher sind die Durchgriffsrechte auf die Kommunen in Zukunft beschränkt. Das ist auch vernünftig.

Aber gleichzeitig geht diese Landesregierung einher und greift massiv in die kommunalen Finanzen ein. Die gleichen Politiker, die uns vor Jahren für angeblich verfehlte Finanzpolitik haben jagen wollen und für vorgebliche Kommunalfindlichkeit scheuen sich nicht, Jahr für Jahr 150 Millionen im ersten Jahr und das steigend den Kommunen zu entziehen. Hier ist schon darauf hingewiesen worden, welche Konsequenzen das für kommunale Investitionspolitik hat.

Wir machen deutlich, die Regierung Wulff schadet den niedersächsischen Kommunen. Das wollen wir nicht akzeptieren. Deshalb bringen wir das auf den Punkt und auf die Straßen, um das überall deutlich zu machen.

Aber es geht nicht nur ums Geld, es geht auch um die Frage des Staatsverständnisses, was in Niedersachsen umstritten ist. Wir erleben hier eine Regierung, die der Meinung ist, alles, was privat

gemacht wird, ist vernünftig, alles, was staatlich verantwortet ist, geht in die Hose. Mit diesem Staatsverständnis hat Deutschland, hat Niedersachsen keine Zukunft. Wir wollen, dass die öffentlichen Güter auch öffentlich gewährleistet und öffentlich verantwortet werden. Deshalb brauchen wir auch die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen. Die FDP ist es vor allem in Niedersachsen, die gegenwärtig im Bereich der Wirtschaftstätigkeit der Kommunen massiv interveniert hat und die gesetzlichen Bestimmungen geändert hat. Die FDP ist es im Übrigen, die durch ihren Umweltminister dabei ist, alles abzuräumen, was an öffentlicher Mitwirkung im Bereich der Daseinsvorsorge gegenwärtig noch vorhanden ist.

Wir nehmen diesen Kampf auf. Wir wollen, dass dieses Gemeinwesen auch in Zukunft handlungsfähig bleibt und dass die Interessen der Bürgerinnen und Bürger bei den Kommunen aufgehoben sind und nicht alles in dieser Gesellschaft zerfleddert. Da ist die Kommunalwahl der wichtigste Ort. Denn dort kandidieren Personen, die im Stadtteil, in der Gemeinde bekannt sind, wo Gesichter da sind, die das Vertrauen haben, die die Glaubwürdigkeit verkörpern müssen und die mit ihren Ideen und ihrer Praxis dafür einstehen, dass sozialdemokratisches Gedankengut den gesellschaftlichen Alltag in Deutschland prägt. Darauf kommt es an. Dafür streiten wird. Darum besorgen wir uns Unterstützung in der Bevölkerung. Wenn wir das miteinander schaffen, dann ist mir um kommunale Demokratie und sozialdemokratische Visionen nicht bange.

Viel Erfolg auf eurer Konferenz!